

# Nebrauer Anzeiger



Antikliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1,10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Eauer in Nohleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Eauer'sche Buchdruckerei, Nohleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleblatt mit 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Stadtpostkassa Nebra — Banverein Wernern.

Nr 72

Donnerstag, den 20. Juni 1929

35. Jahrgang

## Reichswehretat angenommen.

Zweite Panzertruppenerate bewilligt. — Mißtrauen gegen Groener abgelehnt.

Berlin, 19. Juni.  
Die zweite Beratung des Haushalts für die allgemeine Finanzverwaltung im Reichstag wurde durch Reichsinnenminister Dr. Hilferding eingeleitet, der nachdies die Gründe angab, aus denen die Regierung es für notwendig hielt, einen Fehlbetrag-Haushalt zu vermeiden.

Verliesen sei noch ein Fehlbetrag von 22 Millionen. Darüber hinaus würden bis zur dritten Lesung noch einige Erhebungen auf der Ausgabe-Seite nötig sein, die durch außerplanmäßige Ausgaben, beispielsweise durch die Vollerhöhung für die Reichsarbeiter, bedingt seien. Der Minister ging dann zu den allgemeinen Fragen der Finanzpolitik über. Die Schwierigkeiten der Kassenlage hätten durch die Steuererfreie Reichsanleihe eine starke Erleichterung erfahren. Die Beunruhigung der Öffentlichkeit über unsere Kassenlage müsse endlich aufhören, denn sie fördere auch den Kredit der deutschen Wirtschaft. Im folgenden Schlußteil wurden die mittlere Voraussicht der kommenden Jahre für die Zukunft vorzutragen, wurde es notwendig sein, wie der ein Betriebsmittel-Fonds anzuschließen. Das Ergebnis der Parier Verhandlungen stelle uns vor neue Aufgaben auch in der Finanzpolitik. In erster Linie sei die Klärung der Finanzlage notwendig.

Der aus 1929 übernommene Fehlbetrag von 150 Millionen müsse nach den Ergebnissen dieses Haushaltsjahres abgedeckt werden. Für 1930 müßten wir zu einer Klärung des finanzpolitischen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern kommen. Die zum Teil recht großen Abfindungen, die die Länder vom Reich verlangen, sollen in einem Gehehtenwert geregelt werden, der demnach geregelt werde. Notwendig ist auch die nötige Herabsetzung der Steuerlast einheitsmäßig. Auch die Veränderung der Stellung der Reichsanleihe erfordert eine finanzpolitische Regelung. Ein entsprechendes Finanzprogramm werde er vorliegen in dem Zeitpunkt, wo er politische Handlungsfreiheit habe.

Dieses Finanzprogramm solle gehalten sein im Sinne der sozialen Gerechtigkeit und der Erleichterung der Leistungsfähigkeit unserer Gesamtbevölkerung.

In der Debatte weist Abgeordneter Dr. Quast (Dua.) darauf hin, daß seit der Inflation noch nie ein Etat so spät verabschiedet worden sei. Warum wird dem Ausland eine gar nicht vorhandene Zahlungsfähigkeit vorgeliegt? Wir übernehmen die Staatsschulden der Vergangenheit. Der Redner schließt damit mit den Worten: „Wir sind und ruft aus: Wie hoch ist die Not des deutschen Volkes noch steigen, bis die Reichstagsmehrheit endlich einmal sagt: bis hierher und nicht weiter! Ich frage den Minister, ob es richtig ist, daß der Reichsanwalt mit Wissen der Reichsregierung die Sachverständigen einen Brief geschrieben hat des Inhalts, daß die Reichsregierung der Ansicht ist, daß der Plan angenommen werden müsse, auch wenn wirtschaftliche Erwägungen dem entgegenstünden.“

Abgeordneter Sell (Soj.) wirft den Deutschnationalen vor, daß sie, nachdem es ihnen nicht gelungen ist, eine finanzielle Mißwirtschaft der Regierung festzustellen, ihre Hoffnungen jetzt auf die Zukunft legen. Der Redner fordert, daß das kommende Finanzprogramm auch die mittlere Zukunft betreffen müsse, an der Kapitalbildung teilzunehmen.

## Mißtrauensvotum der Deutschnationalen.

Von den Deutschnationalen ist inzwischen ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsinnenminister eingebracht. Die Beratungen werden darauf unterbrochen zur Vornahme der Abstimmungen über den Etat des Reichswehrministeriums.

Der Heresat wird in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso die Ausschlußschließung zu Gunsten der Gemeinden, die von der Zusammenlegung von Garnisonen betroffen werden.

Die kommunaltätige Entscheidung, den Angehörigen der Bequemheit des Wahlrecht zu genehmigen, wird abgelehnt. Angenommen wird eine deutchnationale Entscheidung, wonach den kleinen Standorten in den städtischen Grenzbezirken (Züllichau, Namslau, Müllisch, Zschüßel) ihre Garnisonen befohlen werden sollen. Auch der Marine-Etat wird in der Ausschlußfassung angenommen.

Auf Antrag der Kommunisten wird dann auch über die Schlußrate für den Kreuzer „König“ die abschließende Abstimmung entschieden. Für die Streikung stimmen Kommunisten und Sozialdemokraten; der Reichsanwalt und die sozialdemokratischen Minister stimmen dagegen. Der Streikungsantrag wird mit 224 gegen 155 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Auf Antrag der Kommunisten wird dann auch über die Schlußrate für den Kreuzer „König“ die abschließende Abstimmung entschieden. Für die Streikung stimmen Kommunisten und Sozialdemokraten; der Reichsanwalt und die sozialdemokratischen Minister stimmen dagegen. Der Streikungsantrag wird mit 224 gegen 155 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Auf Antrag der Kommunisten wird dann auch über die Schlußrate für den Kreuzer „König“ die abschließende Abstimmung entschieden. Für die Streikung stimmen Kommunisten und Sozialdemokraten; der Reichsanwalt und die sozialdemokratischen Minister stimmen dagegen. Der Streikungsantrag wird mit 224 gegen 155 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

tafter Vertrag befähigen Rechte für die Ausrüstung der Marine erschießt. Dagegen stimmen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Damit sind die Bestimmungen zum Etat des Reichswehrministeriums erledigt, und das Haus legt die Aussprache zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung fort.

Abgeordneter Brüning (Ztr.) erklärt es für wünschenswert, dem deutschen Volk die ganze Tragweite der Parier-Bestimmungen für zwei Generationen darzustellen. Der Redner begrüßt die Anfindigung eines Finanzprogrammes durch den Minister und erinnert bei dieser Gelegenheit an die Notwendigkeit einer Steuerentlastung, namentlich einer Senkung der Realsteuern.

Abgeordneter Ende (Rom.) charakterisiert gerade den Haushalt der Finanzverwaltung als Klassenetat. Die Protestler müßten alle, der hiesigen Note für die in Berlin ein Selbstmord eines Protestiers föhig, den die Not in den Tod treibe. Der Redner erklärt, wir vernichten, fassen und bekämpfen diese Staat und bewilligen ihm keinen Großplan. Wir verzichten deshalb auch auf Anträge, die mit Hilfe der Sozialdemokraten doch nur abgelehnt werden.

Abgeordneter Dr. Klenckampff (Dua.) fordert, daß sich der Sparwille bei Reich, Ländern und Gemeinden immer weiter durchsetze. Von dem guten Willen der Beteiligten werde es abhängen, ob der Reichstag ein Sperregebot gegen die Ueberhöhung der Realsteuern schaffen könne. Man müsse nötigenfalls auch zum Aufgabenaubau schreiten, um den Ausgabenabau zu ermöglichen. Steuern und Soziallasten betragen heute bei einer Produktion von etwas über 60 Milliarden über 33 Prozent gegen 12 1/2 Prozent vor dem Kriege bei einer Produktion von 40 Milliarden. Der Redner verlangt, daß neue Ausgaben unter keinen Umständen bewilligt werden. Auch vor der Gefahr der Unpopulartät dürfe man nicht zurückweichen. Der Haushalt müsse ein Minimum darstellen, nicht ein Maximum. Er dürfe nicht nach dem Grundloß zur Aufstellung gelangen, wie für kurze Sicht den lautesten Bevölkerungsgruppen nachgegeben werden könnte. Kein Pfennig der in Paris erparierten Ausgaben dürfe anders verwendet werden als zur Verrentung. Der Redner erklärt zum Schluß, daß die Deutsche Volkspartei eben an ihrer Forderung festhalten werde: Abtören und Senkung der Lasten, wenn es sein muß, mit rigorösen Mitteln in der besten Erwartung, daß dadurch die Belebung der deutschen Wirtschaft als das Endziel erreicht wird.

## Ein Brief des Reichsanwalters?

Antiklich wird erklärt, die Sachverständigen waren in ihren Entscheidungen frei.

Berlin, 17. Juni.

Zu der Mitteilung des „Montage“, wonach der Reichsanwalt die deutschen Sachverständigen in Paris ein Schreiben gerichtet und darin den Wunsch der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht habe, den Young-Plan unter Hintertziehung wirtschaftlicher Erwägungen anzunehmen, wird von Berliner zeitständiger Stelle erklärt, daß, wenn der Reichsanwalt einen Brief geschrieben habe, dieser nicht in dem vom „Montage“ angeführten Sinne gefaßt sein könne.

## London oder Baden-Baden?

Um den Tagungsort der politischen Reparationskonferenz, London, 18. Juni.

Wie bekannt, wird der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Henderson, schon in den nächsten Tagen mit Paris, Rom und Weizen einer Gedankenanstrengung über Ort und Termin der politischen Reparationskonferenz einleiten. Vermutlich wird London der Tagungsort sein, doch sind auch andererseits Strömungen vorhanden, die einen Zusammentritt in Baden-Baden befürworten. In diesem Falle wäre die Reparationskonferenz die erste politische Konferenz, die nach dem Kriege, auf deutschem Boden stattfände.

## Macdonald und Jaspar in Paris?

Datum und Ort für die Räumungskonferenz, Paris, 17. Juni.

Aus Erklärungen, die Briand nach Schluß der Völkerverbundsversammlung abgegeben hat, ist hervorzuheben, daß der französische Außenminister äußere, er hoffe, Stresemann bei seiner Durchreise in Paris zu sehen und mit ihm „einige schon in Madrid begonnene Besprechungen fortzusetzen“. Der Madrider „M.C.“ behauptet, Poincaré werde diesen Besprechungen beistimmen, die der Rheinlanddrümmung gelten sollen.

Dem Pariser „Journal“ zufolge sollen auch Rhaman Macdonald und der belgische Minister Jaspar nach Paris kommen, wo man ebenfalls Datum und Programm für die kommende Konferenz festsetzen werde. Dem „Deuere“ zufolge ist eine prinzipielle Einigung zwischen Frankreich, England und Deutschland über die politische Konferenz in Madrid bereits erfolgt. Der „Excelsior“ gibt ein ganzes Programm der kommenden diplomatischen Auseinandersetzung. Er soll eine technische Konferenz zur

Organisation der Weltbank und zur Ueberleitung vom Dames-Plan zum Young-Plan einberufen werden. Diese Konferenz dürfte in der zweiten Hälfte des Juli in Baden-Baden stattfinden. Der Reparationsagentarier Gifford würde an der Ueberlegungsarbeit teilnehmen. Am 25. August ungefähr werde der Organisationsauschuß der Weltbank eine Sitzung haben, um die letzten Bestimmungen zu treffen. Als Sitz der Bank wünschigen die Franzosen und Belger Brüssel, die Deutschen Amsterdam, die Engländer London, die Amerikaner Basel. Nach Möglichst dieser letztgenannten Besprechungen wird

die Minister zu einer politischen Besprechung zusammenkommen, ungefähr Mitte des August. Wenn alle Fragen soweit geregelt werden könnten, daß am 1. September die Weltbank zu arbeiten beginne, würde während der Tagung des Völkerverbundes in Genf über die Rheinlanddrümmung gesprochen werden.

Der letzte Bund dürfte kaum aufreisen. Berlin dürfte sich kaum darauf einlassen, daß Weltbank und Youngplan in Kraft treten, bevor über das Endziel der Besetzung reiflich Klarheit geschaffen ist. Das System der „Vorleitungen“ muß ein Ende haben!

## Briand vor dem Ministerrat.

Hochmalige Billigung des Youngplans, Paris, 19. Juni.

Die französische Ministerrat prüfte die Fragen der Kriegenschuldung und auswärtigen Schulden, Poincaré, Briand und Cherax gaben einen allgemeinen Ueberblick über die Gesamtlage. Die Regierung beschloß einstimmig die Vorfürsiche des Sachverständigenausschusses bezüglich der Regelung der Zahlungen zu genehmigen und die Kapitalziehung zusammen mit den übrigen beteiligten Regierungen zu verfolgen.

Der Ministerrat prüfte sich dann über die Erklärungen, die am Mittwoch vor dem Finanzauschuß abgegeben worden waren. Briand erklärte schließlich föhlich über die Madrider Völkerverbundsversammlung.

## Entweder Young-Plan oder Rheinlandbesetzung.

„Ere Nouvelles“ für vorzeitige Räumung.

Unter der Ueberchrift „Rheinpolizei“ beschäftigt sich die radikale „Ere Nouvelles“ mit der Räumungsvertrag und weist darauf hin, daß es genüge, den Friedensvertrag von Versailles und den Young-Bericht durchzulesen, um sich darüber klar zu werden, daß die Aufrechterhaltung der französischen Rheinlandbesetzung über das Jahr 1930 hinaus ein Akt Mißtrauen gegenüber den Alliierten und Europa bedeuten würde. Dem Buchstaben nach habe nun Frankreich zwar das Recht, die Besetzung über das Jahr 1929 hinaus auszuweiten, aber praktisch lägen die Dinge doch anders. Man könnte keine Friedenssicherung schaffen, indem man die Erinnerungen an den Krieg aufrechterhalte. Durch die Schlußfolgerungen der Sachverständigen werde eine enge Zusammenarbeit zwischen Schuldnern und Gläubigern gefördert. Deshalb könne man nur zwischen dem Sachverständigenplan und der Rheinlandbesetzung wählen.

## Für Rheinland und Saar.

Rundgebung des „Reichsverbandes der Rheinländer“, Stuttgart, 17. Juni.

Zu einer machtvollen Rundgebung für die Befreiung von Rhein und Saar gestaltete sich die mehrteilige Tagung des „Reichsverbandes der Rheinländer“ in Stuttgart.

Gehaltvolle Reden und Vorträge, in die die namhaftesten Politiker wie Staatspräsident Dr. Wolf, der Vorfürsiche des Landesverbandes der Rheinländer in Würtemberg Dr. Golligal, Oberbürgermeister Dr. Enekel, der Präsident des Saarlandes Dr. Schaefer, Regierungsdirektor Staecker, Staatssekretär A. D. Düpoff, Amtsgerichtsrat Dr. Spieder, und Prof. Kaufmann teilten, bildeten den Anlaß zu einer Resolution, in der es u. a. heißt:

„Wir fordern als deutsches Recht die sofortige bedingungslose Räumung, die Befreiung jeder Gegenleistung für den Abzug der Besatzung, die Bewerterung jeder Art Sonderkontrolle, wie ebenfalls sofortige Beseitigung des Saarsgebietes, die Zurückweisung jeden Gebankens an einen Saarreferendum nach Danziger Muster, die Erneuerung jeder wirtschaftlichen und politischen Bindung an Frankreich.“

Mit dem gemeinsamen Gehang des Deutschnationalen fand die Freier ihren föhlich, deren Teilnehmer mehr durch die Stadt Stuttgart offiziell begrüßt wurden. Den Beginn der Woche verbringen die Rheinländer bei gemeinsamen Ausflügen in die nähere und weitere Umgebung der württembergischen Hauptstadt.

## Weltbund der Frauen.

Eröffnung des 11. Weltkongresses für staatsbürgerliche Frauenernisse, Berlin, 17. Juni.

In den überfüllten Stollsejalen wurde der 11. Kongreß des Weltbundes für staatsbürgerliche Frauenernisse eröffnet, der zugleich sein 25jähriges Bestehen feiert. Um





# Urteil im Jakubowski-Prozess.

August Rogens zum Tode verurteilt.

Im Jakubowski-Prozess wurden nach fast dreiwöchiger Verhandlung durch Landgerichtsdirektor Peters-Hofstad als Vorsitzendem des Schörrichterorgans folgendes Urteil verkündet: Es werden verurteilt:

Die Angeklagte August Rogens wegen Mordes zur Todesstrafe und wegen Meineids zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr 6 Monaten. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm für dauernd aberkannt.

Der Angeklagte Fritz Rogens wegen Betriffs zu 10 Jahren und Meinelid unter Berücksichtigung des Jugendgerichtsgeheges zu einer Gesamtstrafe von 4 Jahren und 1 Monat Gefängnis. Nach Verbüßung von 1 Jahr 5 Monaten soll Strafauflösung auf die Dauer von 5 Jahren eintreten.

Die Angeklagte Frau Käßler wegen Betriffs zu 10 Jahren und Meinelid zu 9 Jahren Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihr auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt.

Der Angeklagte Woldemar Meinelid zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr 6 Monaten. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Von den drei ersten Angeklagten erlangten Freiheitsstrafen gelten je 8 Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Das Urteil wurde von den Angeklagten auf, im Zugehört, mit einiger Erregung aufgenommen, insbesondere das Urteil gegen die Angeklagte Frau Käßler.

Aus der mündlichen Urteilsbegründung ist folgendes hervorzuheben. Das Schörrichterorgane glaubte die Geschäftliche der Angeklagten als wahr anzunehmen zu müssen, soweit sie sich in ihnen selbst befanden. Soweit sie Jakobowski betrafen, hat das Gericht die Geschäftliche angunsten der Angeklagten verwertet. Damit hat es keine Entscheidung über Jakobowis Schuld getroffen. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme sei Jakobowski noch immer der Teilhabe an der Tat verdächtig. Das Gericht verneine nicht, daß Zweifel an seiner Schuld bestehen.

# Dr. Richter zum Tode verurteilt.

Außer dem Gefängnis wegen Meineids.

— Bonn, 18. Juni.

Unter atemloser Spannung wurde gegen 11 Uhr abends das Urteil in dem Mordprozess Richter gefällt, und zwar wurde Dr. Richter wegen Meineids zu acht Monaten Zuchthaus, die übrigen Angeklagten sind in ein Jahr Gefängnis, verurteilt. Fünf Monate der verhängten Untersuchungszeit sind auf das Urteil angerechnet. Wegen des Mordes an Frau Mertens wurde Dr. Richter zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf Lebenszeit aberkannt.

## Revision eingeleitet.

Dr. Richter hat zum Schluß der Verhandlung seine beiden Verteidiger gehalten, beim Reichsgericht gegen das Urteil Revision einzulegen, da er es nicht anerkenne.

Das Ende des Bonner Prozesses kommt in dieser Form kaum überraschend. Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme gab es nur die Alternative: Todesurteil oder Freispruch. Die fante, allem gewandte Art, in der sich der Angeklagte verteidigte, war nicht dazu angetan, die Spannung zu erwecken, die notwendig zu einem Freispruch beitragen hätte. Dazu kamen die fort bei laufenden Zeugenausagen und die zum Teil geradezu vernichtenden Urteile der Sachverständigen. Das Gefängnis des Meinleids kam zu spät und hatte eines Übergewichtes an sich — das noch das unbedeutsame Schlüsseln, das statt der Bitte um Freispruch eine gefühllose nüdliche Erklärung über die Herkunft des Siroppbrotts wurde. In der Urteilsbegründung wird den Aussagen der Frau Mertens nicht die größtmögliche Beachtung und das Motiv dahingehend festgestellt, daß Richter Frau Mertens loswerden wollte, weil sie durch seine Schuld krank wurde und ihm zur Last sei. Alleen das man nicht verneinen kann, daß es sich hier um reines, wenn auch sogenanntes „südenlos“ Mordverbrechen handelt. Das Gericht hat auch demgegenüber kein Bedauern, sich für die Begnadigung des Verurteilten einzusetzen. Weiblich er über 10 — ein anderes Bild dieses an Räufeln reifen Falles.

# Schwere Erdbeben.

— London, 18. Juni.

Die von allen führenden Erdbebenmärkten der Welt in der vergangenen Nacht festgestellten meißtändigen schweren Erdbeben haben in ganz Neuseeland besonders im Norden der fühlbaren Anteil, sehr schweren Schäden angerichtet. Man befürchtet, daß die Zahl an Menschenopfern sehr groß ist.

Genaue Einzelheiten fehlen jedoch vorläufig nach, da jede Telegramm- und Telefonverbindung unterbrochen ist und nur eine drahtlose Verbindung mit dem Festland besteht. Durch das Erdbeben,

das schwerste seit 1901, wurden zerstört: die Kryptifikation in Takata, der Turm des Polizeigebäudes in Weltpor, wo auch sonst in der ganzen Stadt sehr großer Schaden angerichtet wurde, die Kryptifikation in Nelson, die Spigen der Kathedrale von Christchurch, Weltpor, ein wichtiges Zentrum für den Kohlen- und Goldbergbau, ist im ganzen schwer mitgenommen. Am Dezember 3. 3. war das fühlbare Neuseeland bereits von einem schweren Erdbeben heimgelungen worden, durch das bedeutender Schaden angerichtet wurde.

Nach Berichten aus Wellington sind bei dem Erdbeben acht Personen ums Leben gekommen. Vier von ihnen wurden durch einen Erdbeben von vielen tausend Tonnen im Stromgebiet des Neuseelandflusses verdrängt, zwei Personen werden in dem gleichen Gebiet noch vermisst.

# Es wird kein Mensch als Verbrecher geboren

Röperliche Merkmale der Verbrechensnatur?

Von einem der bekanntesten englischen Gefängnisgeistlichen, der kürzlich nach fast dreißigjähriger Wirksamkeit von seinem Amte zurückgetreten ist und in amerikanischen Strafanstalten ein reiches Maß von Erfahrungen gesammelt hat, wird in einem unbonner Blatt die folgende Behauptung vom geborenen Verbrecher mit aller Nachdrücklichkeit zurückgewiesen.

Es sei ein glatter Anflug zu behaupten, daß der Verbrecher schon als solcher geboren werde und mit auffälligen Symptomen zur Welt komme. Die so häufig als Verbrechensmerkmale angeführten Eigenschaften, wie beispielsweise mußige Lippen, abgeflachte Stirnband, reiches Haarwach-

auf den Armen und den Beinen, hervorbringende Unterlippenpartie und verglichen mehr, habe er trotz seiner langjährigen Wirksamkeit auch bei nicht einem einzigen Zuchthausinsassen vereinigt gefunden, vielmehr diese verschiedenen Symptome bei dem geborenen Verbrecher angeblich alle in ausgeprägtem Maße in Erscheinung treten sollen. Und selbst wenn einige dieser Symptome wirklich zu beobachten seien, so werde dadurch auch nicht das Mindeste für die Möglichkeit einer Theorie bewiesen, denn in genau der gleichen Fülle ließe sich nach der Ansicht des englischen Geisteslichen aus dem Kreise der berühmtesten Persönlichkeiten aller Zeiten bis in unsere neueste Gegenwart hinein Beispiele von der gleichen Ausprägtheit herbeschaffen. Der Verbrecher werde also ebensowenig wie die Berichtbarkeit, das Genie, mit besonderen körperlichen Symptomen geboren.

## Erziehung und Nervosität.

Kinder, die sich nicht allzu heissen!

Neuerdings ist ein namhafter englischer Arzt den Entfaltungsurteilen der heutigen Modekrankheit, der Nervosität, nachgegangen. Der Arzt betont, daß neben den bereits bekannten Ursachen die Alltagsarbeit, gehobene wirtschaftliche Lage etc. nicht zuletzt auch ein verhängnisvoller Erziehungsfehler mit im Spiele liege.

Nur allzu häufig werde das Kind zu einer falschen Bescheidenheit erzogen, die den ersten Keim zur Furchtbarkeit und zur Erlösigkeit im Leben lege. Diese früh erzeugene Furchtbarkeit sei auch vielfach der Nährboden der Nervosität und Erregtheit, der das Kind später Träger ausgesetzt ist, wenn es nicht allzu früh angewiesen, dem Leben gegenüberzutreten müsse. Dieser Erziehungsfehler könne gar nicht scharf genug bekämpft werden, denn er sei der schlimmste Feind des Selbstvertrauens und der Entschlossenheit und ertrage nicht zu einem unweiblichen Teile Schuld an der heutigen Geisteskrankheit, an der Nervosität.



August Borsig

125 Geburtstag August Borsigs.

August Borsig war der Schöpfer der deutschen Lokomotivindustrie. Am 7. Juli fährt sich sein Geburtsort zum 75. Male.

## Aus dem Gerichtssaal

S. Zwei Räuber verurteilt. Zwei Räuber, die im Februar dieses Jahres die Gegend um Witten bei Leipzig unsicher machten, wurden vom Leipziger Schöffengericht abgeurteilt. Es handelt sich um zwei Angeklagte namens Bergner und Raabe. Die beiden waren am 8. Februar in der Nähe Witten in eine Wirtschaft eingedrungen, in der sich nur die zur Familie gehörenden Frauen befanden. Diese wurden gezwungen, 320 Mark bares Geld herauszugeben. Acht Tage später drangen die beiden Angeklagten wiederum in das gleiche Wirtshaus ein und entwendeten Geldausgabe, Betten etc. Am gleichen Tage haben die Angeklagten einen Einbruch in eine Wille in Marktrankfurt verübt. Das gemeinsame Schöffengericht in Leipzig verurteilte den 24jährigen Bauarbeiter Willi Wagner aus Marktrankfurt wegen räuberischer Erpreßung und schweren Diebstahls zu sechs Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und dauernder Stellung unter Polizeiaufsicht, und den 22 Jahre alten Dachbeder Otto Raabe wegen räuberischer Erpreßung und Diebstahls zu fünf Jahren drei Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust.

S. Benutzung Jo Ehemanns vermorsen. Das Reichsgericht hat die Benutzung des Schriftstellers Jo Ehemann der wegen fortgesetzlichen Betruges zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden war, vermoren. Der Angeklagte, der eine Zeitsung das Theater am Zoo in Berlin gepachtet hatte und stark verschuldet war, hatte sich dadurch Geld verschafft, daß er von der Firma Gebhardt Wein besorgte, er dann entweder an seine Gläubiger als Befehlshaber weitergab oder zu verkaufen suchte. Die Firma Gebhardt sollte dafür täglich 100 Mark für Gardebengel aus dem Theater am Zoo erhalten. Als die Zahlungen nicht eintrafen, ging die Firma der Sache nach und bedete die faulen Geschäftsführer der Angeklagten auf. Ehemann hatte auch von einer anderen Firma Witz im Werte von 1000 Mark besprochen und sich verpflichtet, einen Teil der Kaufsumme zwei Tage nach Empfang der Lieferung zu entrichten. Den Witz hatte er sofort weiterverkauft, die Zahlung dagegen nicht geleistet.

## Kunst und Wissenschaft.

Empfang der Bibliothekare im Vatikan. Der Papst empfing die Teilnehmer des in Rom tagenden ersten Weltkongresses der Bibliothekare, die er durch eine wohlwollende Einladung ausgezeichnet. Der Papst bringt dem Kongress großes Interesse entgegen, da er selbst lange Zeit Bibliothekar und Direktor der Mailänder Ambrosiana war.

Führer geht nach München. Professor Hans Führer hat seinen Lehrtuhl für Komposition an der Preussischen Akademie der Künste aufgegeben und eine Berufung für eine ähnliche Stellung in München angenommen. Man nimmt an, daß Führers Gründe für diesen Wechsel in der Spannung persönlicher Natur waren.

Moderne Museumsreklame. Die Staatlichen Museen haben jetzt den Propaganda-Film in den Dienst ihrer Werbung gestellt. Dieser Film bringt Ansichten aller Bauteile der Berliner Museen, einige ihrer schönsten Innenräume und eine Anzahl von Hauptwerken aus dem Besitz der verschiedenen Abteilungen.

# Die Grasnutzung von 3 Morgen Wiese an der Steinklöße

verkauft Försterei Wendelstein.

Billiger Sonntagssonderzug der Reichsbahndirektion Erfurt nach

# Saalfeld (Saale)

am 30. Juni 1929.

Abfahrt von Nebra 5.52 || Rückkunft 23.31

Karten-Verkauf bei der Fahrkarten-Ausgabe

Nebra.

Preis 65 RM. || Einzelheiten siehe Aushänge.

Erfste Haus richtet Interessenten bei entsprechendem Kapital

# Reste-Geschäft

ein. Gesf. Anfragen unter D. S. 3777 befördert

Rudolf, Mosse Leipzig.

<b>Grüne Stachelbeeren</b> Pfd. 20 Pfg. verkauft Heinrich, Nagel.	<b>Kyffhäuser-Technikum Frankenhaußen.</b> Ingen.- u. Werkmeister. Abt. für Masch.- u. Automobilbau. Schwach- u. Starkstromtechnik. Aufb. Sonderber. für Landw. und Flug.
<b>Sommer-sprossen</b> auch in d. b. händigtigsten Fällern, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das echte ungeschälte Zahnfleischreinigungsmittel „Dentus“ (Stärke B) befreit. Keine Schätter. Preis Mk. 2,75. Nur zu haben in: Apotheke H. Ulrich, Hofjeden.	„Original-Coburgia“, die beste Balsamwolle der Welt. Beizungen etc. unerschöpflich. De- just h. omie. Proleten. Generalvertreter <b>Otto Hoffmann</b> , Maschinenhandlung, Curtsch, Zetel 543.
	<b>Spielearten</b> hält vorräthig Vuchhandlg. Walter Scharf.

# Ohne Reklame kein Geschäft!

Der oberthlesische **Wanderer**  
Verlag: Meisels, Gegründet 1828

Bei weitem verbreitetste Tageszeitung Oberthlesiens Erfolgreichstes Anzeigenblatt

# Die neuen Fahrplanbücher

sind vorräthig

Buchhandlung Walter Scharf

**Walter**  
Leipziger Neueste Nachrichten  
Größte, bedeutendste einflussreichste meistgelesene Tageszeitung ganz Mitteldeutschlands

Tages- Auflage über **180.000**

Verlag Edgar Junfermann & Co. Leipzig, C. I. Peterssteinweg 19



# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“.

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wtlh. Sauer in Kohleben.

Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Kohleben.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Reich, Markt 24/25.

Fernsprecher: Amt Kohleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen stellen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen mit 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bauverein Aetern.

№ 72

Donnerstag, den 20. Juni 1929

35. Jahrgang

## Reichswehrretal angenommen.

Zweite Panzerkategorie bewilligt. — Mißtrauen gegen Groener abgelehnt.

Berlin, 19. Juni.

Die zweite Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung im Reichstag wurde durch Reichsfinanzminister Dr. Brüning eingeleitet, der nochmals die Gründe anging, aus denen die Regierung es für notwendig hielt, einen Fehlbetrag-Haushalt zu vermeiden.

Verbleiben ist noch ein Fehlbetrag von 22 Millionen. Darüber hinaus würden bis zur dritten Lesung noch einige Erhöhungen auf der Ausgabe-Seite nötig sein, die durch außerplanmäßige Ausgaben, beispielsweise durch die Lohnerhöhung für die Reichsarbeiter, bedingt seien. Der Minister ging dann auf den allgemeinen Fragen der Finanzpolitik über. Die Schwierigkeiten der Kassenlage hätten durch die steuerfreie Reichsanleihe eine starke Erleichterung erfahren. Die Beunruhigung der Öffentlichkeit über unsere Kassenlage müsse endlich aufhören, denn sie schädige auch den Kredit der deutschen Wirtschaft. Im solchen Schwierigkeiten, wie wir sie in der letzten Zeit durchgemacht, für die Zukunft vorzuziehen, werde es notwendig sein, wieder einen Betriebsmittel-Fonds anzulegen. Das Ergebnis der Pariser Verhandlungen stelle uns vor neue Aufgaben auch in der Finanzpolitik. In erster Linie sei die Klärung der Finanzlage notwendig.

Der aus 1928 übernommene Fehlbetrag von 150 Millionen müßte nach aus den Ergebnissen dieses Haushaltsjahres abgedeckt werden. Er sollte, daß das in der Herabsetzung der Einnahmen und im Wachstum der Ausgaben, die sich durch die Umstände des Jahres 1928 bedingten, von der Reichsregierung durch die Aufhebung der gewöhnlichen Verhältnisse zwischen Reich und Ländern kommen. Die zum Teil recht großen Verbindungen, die die Länder dem Reich verlangten, sollten in einem Geleitsantrag geregelt werden, der demnächst vorzulegen sei. Diesem Antrag sei die Klärung der Finanzlage notwendig.

Dieses Finanzprogramm solle gehalten sein im Sinne der lokalen Gerechtigkeit und der Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer Gesamtwirtschaft. In der Debatte weist Abgeordneter Dr. Quaas (Dn.) darauf hin, daß seit der Inflation noch nie ein Etat so spät verabschiedet worden sei. Warum wird dem Ausland eine gar nicht vorhandene Zahlungsfähigkeit vorgelagert? Wir übernehmen die Staatsschulden der Vortragener. Der Redner schließt erregt mit Worten auf den Tisch und ruft aus: Wie hoch soll die Last des deutschen Volkes noch steigen, bis die Reichstagsmehrheit endlich einmal laut sagt: bis hierher und nicht weiter! Ich frage den Minister, ob es richtig ist, daß der Reichstag mit Wissen der Reichsregierung an die Sachverständigen einen Brief geschrieben hat, der den Sachverständigen eine Anhörung enthält, daß der Reichsregierung dieser Brief, auch wenn wirtschaftliche Erwägungen dem entgegenstünden, abgeordnet sei (Sog.) wirft den Deutschnationalen vor, daß sie, nachdem es ihnen nicht gelungen sei, eine finanzielle Mißwirtschaft der Regierung festzustellen, ihre Hoffnungen jetzt auf die Zukunft setzen. Der Redner fordert, daß das kommende Finanzprogramm auch die mitberücksichtigten Kreise befähigen müsse, an der Kapitalbildung teilzunehmen.

### Mißtrauensvotum der Deutschnationalen.

Von den Deutschnationalen ist inzwischen ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister eingegangen. Die Verhandlungen werden darauf untersucht zur Veranlassung der Abstimmungen über den Etat des Reichswehrministeriums.

Der Heresest ist in der Ausschussfassung angenommen, ebenso die Ausschussförmliche Zustimmung der Gemeinden, die von der Zusammenlegung von Garnisonen betroffen werden.

Die kommunikative Entscheidung, den Angehörigen der Wehrmacht das Wahlrecht zu verweigern, wird in gemeinsamer Abstimmung entschieden, für die Entscheidung können Kommunisten und Sozialdemokraten; der Reichsminister und die sozialdemokratischen Minister stimmen dagegen. Der Streik-Antrag wird mit 224 gegen 153 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Auf Antrag der Kommunisten wird dann auch über die Schritte für den Kessler-Kauf entschieden, die der Reichstag am 22. Juni mit 374 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Der kommunikative Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister Groener verläßt gegen die Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten der Ablehnung. Angenommen wird ein Antrag der Wirtschaftspartei, umgehend ein auf lange Sicht abgeleitetes Bauprogramm für die Marine vorzulegen, das alle Deutschland aus dem Ver-



gelangen, wie für kurze Sicht den künftigen Bevölkerungsgruppen nachgegeben werden könnte. Kein Biennium der in Paris ersparten Ausgaben dürfe anders verwendet werden als zur Volkserziehung. Der Redner erklärt zum Schluß, daß die Deutsche Volkspartei schon an ihrer Forderung festhalten werde: Abhalten und Entzug der Voten, wenn es sein muß, mit rigorosen Mitteln in der festen Erwartung, daß dadurch die Belebung der deutschen Wirtschaft als das Endziel erreicht wird.

## Ein Brief des Reichszanclers?

Ämtlich wird erklärt: die Sachverständigen waren in ihrer Entscheidung frei.

Berlin, 17. Juni.

Zu der Mitteilung des „Montags“, wonach der Reichszancler die Aufhebung des Reichsstaatsbankrotts an die Reichsregierung in Paris ein Schreiben gerichtet und darin den Wunsch der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht habe, den Young-Plan unter Hintanzetzung wirtschaftlicher Erwägungen anzunehmen, wird von dem Reichszancler eine Erklärung abgegeben, daß dieser nicht in dem vom „Montag“ angeführten Sinne gefaßt sein könne.

## London oder Baden-Baden?

Um den Tagungsart der politischen Reparationskonferenz.

London, 18. Juni.

Wie verlautet, wird der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Henderson, schon in den nächsten Tagen mit Paris, Rom und Brüssel einen Gedankenkreis über Ort und Termin der politischen Reparationskonferenz einleiten. Vermutlich wird London der Tagungsart sein, doch sind auch andererseits Strömungen vorhanden, die einen Zusammentritt in Baden-Baden befürworten. In diesem Falle wäre die Reparationskonferenz die erste politische Konferenz, die nach dem Kriege, auf deutschem Boden stattfindet.

## Macdonald und Jaspar in Paris?

Datum und Ort für die Räumungskonferenz.

Paris, 17. Juni.

Aus Erklärungen, die Briand nach Schluß der Völkerverbundsstagung abgegeben hat, ist hervorzuheben, daß der französische Außenminister äußerte, er hoffe, Stresemann sei seiner Durchreise in Paris zu sehen und mit ihm „einige schon in Madrid begonnene Besprechungen fortzusetzen“. Der Madrider „M.B.C.“ behauptet, Poincaré werde diesen Besprechungen beiseite sein, die der Rheinlandräumung gelten sollen.

Dem Pariser „Journal“ zufolge sollen auch Klamann Macdonald und der belgische Minister Jaspar nach Paris kommen, wo man alsdann Datum und Programm für die kommende Konferenz festsetzen werde. Dem „Deux“ zufolge ist eine prinzipielle Einigung zwischen Frankreich, England und Deutschland über die politische Konferenz in Madrid bereits erfolgt. Der „Excelsior“ gibt ein ganzes Programm der kommenden diplomatischen Auseinandersetzung. Erst soll eine technische Konferenz zur

## Organisation der Weltbank

und zur Abberauführung von Dames-Plan zum Young-Plan erörtern werden. Diese Konferenz dürfte in der zweiten Hälfte des Juli in Baden-Baden stattfinden. Der Reparationsagent Barter Gilbert würde an der Abberauführung teilnehmen. Am 25. August ungefähr werde der Organisationsausschuss der Weltbank eine Sitzung haben, um die letzten Bestimmungen zu treffen. Als Sitz der Bank wünschen die Franzosen und Belgier Brüssel, die Deutschen in Amsterdam, die Engländer London, die Amerikaner Basel. Nach Abschluß dieser technischen Besprechungen werden

die Minister zu einer politischen Besprechung zusammenkommen, ungefähr Mitte des August. Wenn alle Fragen soweit geregelt werden könnten, daß am 1. September die Weltbank zu arbeiten beginnt, würde während der Tagung des Völkerbundes in Genf über die Rheinlandräumung Besprechungen stattfinden. Berlin dürfte sich kaum darauf einlassen, daß Weltbank und Youngplan in Kraft treten, bevor über das Schicksal der Besatzung reifliche Arbeit geschaffen ist. Das System der „Vorteilungen“ muß ein Ende haben!

## Briand vor dem Ministerrat.

Hochmals Billigung des Youngplans.

Paris, 19. Juni.

Die französische Ministerrat prüfte die Fragen der Kriegenschuldigung und auswärtigen Schulden. Poincaré, Briand und Cheron gaben einen allgemeinen Überblick über die Gesamtlage. Die Regierung beschloß einstimmig, die Vorstöße des Sachverständigenausschusses bezüglich der Regelung der Zahlungen zu genehmigen und die Ratifizierung zusammen mit den übrigen beteiligten Regierungen zu verfolgen.

Der Kabinettsrat beschäftigte sich dann über die Erklärungen, die am Mittwoch vor dem Finanzminister und dem auswärtigen-Kammerauschuss abgegeben werden sollen. Briand erklärte schließlich förmlich über die Madrider Völkerbundsstagung.

## Entweder Young-Plan oder Rheinlandbesetzung.

„Er Nouvelles“ für vorzeitige Klärung.

Unter der Überschrift „Rheinprobleme“ beschäftigt sich die radikale „Er Nouvelles“ mit der Räumungsfrage und weist darauf hin, daß es genüge, den Friedensvertrag von Versailles und den Young-Bericht durchzulesen, um sich darüber klar zu werden, daß die Wiedereinberufung der französischen Rheinlandbesetzung über das Jahr 1935 hinaus eine Art Mißtrauen gegenüber den Western und Europa bedeuten würde. Dem Buchstaben nach habe nun Frankreich zwar das Recht, die Besetzung über das Jahr 1929 hinaus auszuweiten, aber praktisch lägen die Dinge doch anders. Man könnte einen Friedenszustand schaffen, indem man die Erinnerungen an den Krieg aufrechterhalte. Durch die Schlüsselstellungen der Sachverständigen werde eine enge Zusammenarbeit zwischen Schuldner und Gläubiger gefördert. Deshalb könne man nur zwischen dem Sachverständigenplan und der Rheinlandbesetzung wählen.

## Für Rheinland und Saar.

Rundgebung des „Reichsverbandes der Rheinländer“.

Stuttgart, 17. Juni.

Zu einer machtvollen Rundgebung für die Befreiung von Rhein und Saar schickte sich die mehrzahlige Tagung des „Reichsverbandes der Rheinländer“ in Stuttgart.

Geistvolle Reden und Vorträge, in die die namhaften Politiker wie Staatspräsident Dr. Brüning, der Vorsitzende des Landesverbandes der Rheinländer in Würzburg Dr. Goltz und Oberbürgermeister Dr. Seligmann, der Präsident des Saarlandes Dr. Scheuer, Regierungspräsident Staecker, Staatssekretär a. D. Dönhoff, Amtsgeschäft Dr. Spieder, und Prof. Kaufmann teilten, bildeten den Auftakt zu einer Resolution, in der es u. a. heißt:

„Wir fordern als deutsches Recht die sofortige bedingungslose Klärung, die Ablehnung jeder Gegenleistung für den Abzug der Besatzung, die Bewerlegung jeder Art Sonderkontrolle, wie erwartet sofortige Rückführung des Saargebietes, die Zurücksetzung jenen Gebiets an einen Staat, dessen Nation nach Deutscher Minister, die Erneuerung jeder wirtschaftlichen und politischen Bindung an Frankreich.“

Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes fand die Freier ihren Abschluß, deren Teilnehmer noch durch die Stadt Stuttgart offiziell begrüßt wurden. Dem Beginn der Woche verbrachten die Rheinländer bei gemeinsamen Ausflügen in die nähere und weitere Umgebung der württembergischen Hauptstadt.

## Weltbund der Frauen.

Eröffnung des 11. Weltkongresses für staatsbürgerliche Frauenerziehung.

Berlin, 17. Juni.

In den überfüllten Krollkesseln wurde der 11. Kongress des Weltbundes für staatsbürgerliche Frauenerziehung eröffnet, der zugleich sein 25jähriges Bestehen feiert. Aus